Dieser Vortrag wurde erstmals vor der „Preußischen Gesellschaft“ Berlin, dann an verschiedenen Orten der Bundesrepublik, u. a. vor dem Corps Borussia in Bonn und in verschiedenen Bundeswehrgarnisonen gehalten. Er erscheint in erweiterter Form und mit wissenschaftlichen Anmerkungen versehen im Druck. Der frühere Vortrag „Die Ehre Preußens“ (Stuttgart 1951) wird durch ihn weitergeführt und ergänzt.

© Friedrich Vorwerk Verlag Stuttgart 1963

Gesamtherstellung: Vereinsdruckerei Heilbronn eGmbH, Heilbronn

„Außerdem, daß ich ein Deutscher bin,
habe ich wirklich aus vielen Gründen die Schwachheit
ein Preuße zu sein.“

*F. E. D. Schleiermacher, Januar 1807
an Friedrich von Raumer*

Am 18. Januar 1701 wurde durch die Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg zum König in Preußen von Königsberg aus ein Staat gegründet, der in der Staatenwelt des 18. und 19. Jahrhunderts etwas Neues und Einmaliges dargestellt hat. Dieser Staat repräsentierte nämlich eine Idee, die die Menschen der verschiedensten Herkunft so zu prägen vermocht hat, daß sie zu Preußen wurden. Noch in unseren Tagen ist diese Idee so unheimlich, daß die Sieger des zweiten Weltkrieges den von ihr geprägten Staat gesetzlich verboten haben. Daß ein Staat ausgelöscht worden ist, weil er im Kriege unterlag, das hat es in der Weltgeschichte häufig gegeben; aber daß ein Staat seiner Idee wegen verboten worden ist, hat meines Wissens keinen Vorgang und keine Parallele. Nun kann man aber Ideen nicht verbieten, sie leben weiter, wechseln vielleicht Namen und Gestalt, können morgen aber wieder in die volle Sichtbarkeit des geschichtlichen Geschehens hinaustreten.

Von dieser Staatsidee Preußen, die heute keinen Leib mehr hat und apokryph geworden scheint, soll nun am heutigen Abend die Rede sein. Die Formulierung „Preußen – gestern und morgen“ soll bedeuten, daß wir das Überzeitliche an dem historischen Phänomen Preußen herausstellen wollen, das auch in der Zukunft eine Funktion zu erfüllen hat, für deren Verwirklichung wir die richtigen Formen erst noch finden müssen.

Für Sie, die hier zusammengekommen sind, ist Preußen noch eine lebendige Anschauung oder mindestens ein klarer Begriff. Für die meisten Jugendlichen aber ist Preußen eine Größe aus dem Geschichtsbuch, deren Daten man erlernt, die dem eigenen Leben aber so fern steht, wie das Imperium Romanum oder das Königreich Burgund. Und ich habe den Verdacht, daß dies für breite Schichten der erwachsenen westdeutschen Bevölkerung

nicht viel anders liegt. Oder wäre sonst das ehrliche Erstaunen zu verstehen, was das wohl meinen könne, als vor einiger Zeit der General de Gaulle die üblich gewordene Sprachregelung verließ und nicht mehr vom Staatsgebiet der DDR oder von der sowjetisch besetzten Zone sprach, sondern diese Länder mit ihren wirklichen Namen nannte: Preußen und Sachsen. Aber der General de Gaulle ist ein patriarchalischer Demokrat, der noch aus der Substanz des 19. Jahrhunderts lebt. Deshalb weiß er auch, daß die schicksalhaften Formationen des 19. Jahrhunderts noch nicht an das Ende ihrer prägenden Kraft gekommen sind. Was verbindet sich nun eigentlich mit dem Realbegriff Preußen? Auf Anhieb würde ich antworten: Autorität des Staates. Aber was ist das eigentlich: Staatsautorität? Ist das Allmacht des Staates oder noch etwas anderes? Wie grenzt sich Autorität des Staates ab etwa von dem, was wir als totalen Staat kennengelernt haben? Hat jeder Staat Autorität oder ist das eine besondere Eigenschaft, die zum Wesen des Staatlichen hinzutreten kann? Wenn ja, wie entsteht sie, wie kann sie erhalten werden, wo findet sie ihre Grenzen? Und wo bleiben bei alledem die bürgerlichen Freiheiten? Sie sehen, ein ganzes Fragenbündel, in das wir jetzt sachlich und begrifflich etwas Ordnung hineinbringen müssen.

Die Grundlagen

Wir gehen zu diesem Zweck von den geistesgeschichtlichen Zusammenhängen aus: Das spezifische Preußentum, wie es sich im Offizierskorps und in der Beamtenschaft dieses Staates ausgeprägt hat, ist schon im 17. und 18. Jahrhundert entstanden. Der Calvinismus des Herrscherhauses und von den Niederlanden her eingesickerte neustoische Gedanken haben hierbei eine erhebliche Rolle gespielt. Nicht zufällig haben die frühen preußischen Militärreglements immer wieder den von der Stoa gelehrten Kampf der Vernunft gegen die Leidenschaften betont: Der Offizier soll Meister aller Affekte sein.¹ Der damit verbundene Appell zu Askese und Disziplin in der Form der römischen Willensphilosophie, wie sie etwa durch Seneca gelehrt wurde, hat für das Königshaus zumal durch Refugiés als Prinzenerzieher eine große Bedeutung gewonnen. Durch die Verbindung dieses Impulses mit dem pietistisch gefärbten luther-

rischen Erbe ist eine besondere Geistigkeit erwachsen, durch die Preußen im Zeitalter der Aufklärung das modernste Staatsgebilde Europas geworden ist. Während der Regierungszeit Friedrich des Großen war nämlich inmitten einer noch absolutistisch verfaßten Umwelt die Aufklärung erwachsen; der von dem König vertretene „aufgeklärte Absolutismus“, der zwar nicht die Staatsform, wohl aber die Regierungsform verändern sollte, war schon kein reiner Absolutismus mehr. Durch eine Art von institutioneller Selbstbeschränkung war der König von Preußen selber zum Garanten der Verwirklichung von Rechtsordnungen geworden.²

Weil Preußen sich von Anfang an der Ideenbewegung eröffnet hatte, die den Zeitgeist des 18. Jahrhunderts bestimmen sollte, ist das französische Revolutionsschicksal verhindert worden. Freilich geriet Preußen ins Hintertreffen und in die Staatskrise von 1806 hinein, als die Erneuerungsbewegung der westlichen Welt das Bürgertum revolutionierter Völker zur stärksten Triebkraft des politischen Lebens machte.³ Aber unter dem Druck der französischen Okkupation gelang es Preußen in der Reformzeit der Stein-Hardenbergschen Verwaltungsreformen, der Bauernbefreiung und der Scharnhorstschen Heeresneuordnung, seine Modernität wiederzugewinnen und eine Umprägung der Aufklärungsideen in Richtung auf das neue Zeitalter des Konstitutionalismus hin vorzunehmen.

So geschah es, daß sich im Berlin des frühen 19. Jahrhunderts Weltbürgertum und Nationalstaat die Hand gegeben haben. Bis in Bismarcks Zeitalter hinein hat diese Synthese das geistige Gesicht des Staates bestimmt, dessen tonangebende Bürger die Hauptstädter, die Berliner, waren. Von 1871 bis 1918 war Berlin die Hauptstadt des deutschen Kaiserreiches, einer konstitutionellen Monarchie unter dem Hause Hohenzollern, die ihren Bürgern ein unvergleichlich hohes Maß an Freiheiten und allgemeinen Menschenrechten gewährt hat. Verglichen mit allen anderen Perioden, die minder glücklich für uns verlaufen sind, kann man sogar der Meinung sein, daß ein solches Maß an Liberalität und an Sicherung der bürgerlichen Freiheiten nie wieder erreicht worden ist. Berlin war von 1918 bis 1933 die Hauptstadt der Weimarer Republik, die den klassischen Modellfall eines Staates abgegeben hat, dessen Autorität nicht ausgereicht hat, um die bürgerlichen Freiheiten gegenüber denen zu schützen,

die mit den Spielregeln der Demokratie eben diese Demokratie abzuschaffen wünschten, was ihnen bekanntlich dann auch gelungen ist. Und Berlin war dann zwölf Jahre lang die Hauptstadt eines totalen Staates, für den Freiheit und Menschenrecht, die Gewissensfreiheit der selbstverantwortlichen Person keine Rolle mehr gespielt haben.

Wir werden gut daran tun, uns den Wesensunterschied des totalen und des autoritären Staates klar vor Augen zu führen: Der totalitäre Staat oder – wie es in der Schulterminologie des 19. Jahrhunderts noch hieß – der absolutistische Staat umspannt alle Lebensgebiete, und er *muß* dies tun, weil er für die Erreichung der Endkonzeption seinen Anhängern das Heil verheißt. Deshalb stellt er ja diktatorischen Anspruch. Für den wirklichen Demokraten – er sei konservativ oder liberal – ist der allmächtige Staat genauso verdächtig und genauso abscheulich wie eine losgelassene Masse. Beide stehen sogar in einem Entsprechungsverhältnis, denn sie entstammen der Revolution von unten, die sich stets in Autokratie und Despotismus auswirken muß. Der totalitäre oder der absolutistische Staat kann nun entweder im Absolutismus des Fürsten oder des Volkes wurzeln. Der erstere Fall versteht sich von selbst; der Absolutismus des Volkes geht zurück auf den *volonté général*, der angeblich nicht Unrecht tun kann und den Rousseau der Majorität des Volkes zuschrieb. Der absolute Staat, von woher immer er begründet wird, überschreitet nun aber die ethische Grenze seiner Wirksamkeit, wenn er z. B. den Untertanen bestimmte Berufe oder Tätigkeiten aufzwingt, ihnen die Erziehung ihrer Kinder entzieht oder gar eine bestimmte politische Gesinnung gebietet, was Stahl „Terrorismus“ genannt hat. *Friedrich Julius Stahl* ist der vornehmste Staatsrechtslehrer Preußens im vorigen Jahrhundert gewesen. Gegen das Imperium absolutum, das den Untertanen „kein Recht, kein Eigentum, ja kein Gewissen und eigenes Urteil über Gut und Böse“ lassen will, hat der einzelne nach Stahl das Recht zum aktiven Widerstand, denn ein solcher totalitärer Staat hat, indem er den Sinn und Auftrag des Staates überschreitet, sich selber aufgehoben. Der einzige „Damm“ – und hier trifft Stahl eine äußerst wichtige Feststellung – „gegen den Absolutismus des Staates ist die Gebundenheit des öffentlichen Bewußtseins an eine höhere Ordnung, sind die lebendige Gesittung und religiöse Gesinnung des Volkes“. Und er fährt fort:

„Hierin besteht eine tatsächliche Macht gegenüber dem Staate, der eine rechtliche nicht über sich haben kann. Die sittliche Gesinnung kann sich aber nirgends ohne die religiöse erhalten; der Verfall des Glaubens führt darum in seinem letzten Ergebnis zum Staatsabsolutismus. – *Aber Gewöhnung und Entschlossenheit, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen, das sind die Pfeiler, an denen sich aller Staatsabsolutismus bricht.*“⁴ Wir Heutigen können aus unseren Erfahrungen den Wahrheitsgehalt solcher Sätze wohl ermessen, will mir scheinen. Die Männer des 20. Juli 1944, die um des Glockenspielmotivs der Potsdamer Garnisonkirche halber aufstanden und zu Rebellen wurden, sind die Blutzugehörigen des wirklichen Preußentums in unserer Generation geworden.

Der auf Autorität gegründete Staat hingegen ist das strikte Gegenteil des totalitären, da das Führertum immer ein Instrument der Massenselbstvergötzung ist. Im autoritären Staate gibt es Freiheit, denn die geschichtliche Erfahrung lehrt: Wirkliche Freiheit erwächst nur dort, wo es durch Autorität gestütztes, lebendiges Recht gibt. Recht schafft Ordnung, und Ordnung ist stets ein sinnreich abgestuftes und gegliedertes Gefüge. Beides hat es im alten Preußen nicht nur gegeben, sondern es machte sein Wesen aus. Der preußische Staat war gebaut auf Tapferkeit und Gnade, auf Ritterlichkeit und Vertrauen. Die Treuebindung der hohen Staatsbeamten an ihr Königshaus war eine der stärksten Säulen dieses Staates. Und es gehört zu den tragischen Erscheinungen, daß so viele ehrenwerte Männer, Offiziere und Beamte, nach 1933 dieses ihnen durch Generationen anerzogene Treueverhältnis auf den sogenannten Führer übertragen haben, der es weidlich auzunutzen verstand, selber aber alles andere eher gewesen ist als im preußischen Sinne eine Obrigkeit.

Worauf es mir hier entscheidend ankommt, ist der Rechtsstaatscharakter, den das alte Preußen gehabt hat. Er ist stets gewährleistet gewesen durch einen unabhängigen und unbestechlichen Richterstand. Ich möchte Ihnen hier das aufschlußreichste Selbstzeugnis eines hohen preußischen Richters aus dem 19. Jahrhundert zitieren: „Der Rechtsprechung ist mein ganzes Leben gewidmet gewesen. Es ist für mich eine heilige Pflicht, jedes gute Recht – es stehe der einen oder anderen Religion, dem einen oder anderen Menschen, der einen oder der anderen Partei zu –, jedes gute Recht zur Geltung zu bringen, soweit ich kann; ich

verletze mein Gewissen, wenn ich es nicht tue. Ich kann fehlen und fehle oft, aber der Wille muß immer da sein, sonst bin ich nicht wert, daß ich in meinem Amt bleibe.“⁵ Natürlich gibt es zum Glück auch heute noch solche Richter, die aus diesem preußischen Erbe leben und Recht sprechen, weil sie mit dem Königsberger Philosophen Immanuel *Kant* darum wissen, daß das Recht der „Augapfel Gottes“ ist. Aber wie wenig weiß man im allgemeinen noch, wie die Rechtsstaatsidee in Preußen wirklich ausgesehen hat. Sie hat solide Rechtsfindung jeder mechanischen Kodifikation vorgezogen, weil diese in kurzen Abständen das Recht immer neu machen, d. h. revolutionieren will. Darum muß das konservative Denken, muß jede echte Fortbildung staatlich-gesellschaftlicher Verhältnisse auch eine organische Kontinuation der Rechtsverhältnisse enthalten.

Beamtentum – Landrecht – Toleranz

Aber noch aufschlußreicher ist wohl die Idee des preußischen *Beamtentums*, die als Modell für das stehen soll, was für uns preußisches Staatsethos bedeutet. Der Sache nach war das Berufsbeamtentum seit dem 17. Jahrhundert neben dem Offizierskorps der den Staat tragende und repräsentierende Berufsstand. Im Zeitalter des Absolutismus war der Beamte in Preußen wie anderswo in Europa zumeist noch in die Rolle eines Handlungers seines Souveräns hineingezwungen. Oft förderte der bevormundende Polizeistaat nur die Geistlosigkeit bürokratischer Routine und einen öden Formalismus, durch den jede persönliche Initiative zu ersticken drohte. Auch die Regierungsweise Friedrichs II. – wenigstens in seiner Spätzeit – mag in der Verwaltung oft einen ganzen mechanischen Dienstbetrieb zur Folge gehabt haben, worauf *Fritz Hartung* in seinen „Studien zur Geschichte der preußischen Selbstverwaltung“ (I–III, Berlin 1941–1947) wiederholt hingewiesen hat. Gleichwohl ging das selten so weit, daß der gute Beamtengeist der Mitverantwortung ganz ausgeschaltet worden wäre. Gerade im friderizianischen Preußen hatte das Beamtenverhältnis für das Bewußtsein der Untertanen immer einen klaren personrechtlichen Inhalt. Hingabe an das Amt und traditionelle Loyalität gegenüber der Krone deckten sich seitdem in Preußen vollständig und haben als besondere Berufsmoral

eine Tradition unbestechlicher Leistungsfähigkeit hervorgebracht. Mindestens seit der Zeit des Frühkonstitutionalismus ist das Ethos des preußischen Beamtentums als Stand, in den der König selbst hineinberief, mit der Idee des Rechtsstaates verknüpft gewesen. Die Beamtschaft repräsentierte durch ihr bloßes Dasein; solange es keine preußische Verfassung gab – also auch noch durch den ganzen Vormärz –, hat die Beamtschaft als solche die Verfassung zu ersetzen vermocht, weil sie die Einheit und die Kontinuität des Staates verbürgte.⁶ Nicht nur Sprecher des Berufsbeamtentums haben damals darauf hingewiesen, es war tatsächlich so. Die Beamtschaft war, wie es *Hegel*⁷ mit dem Recht der historischen Realitäten seiner Zeit ausdrückte, zum „allgemeinen Stand“ geworden, dessen persönliches Engagement mit den Interessen der Allgemeinheit zusammenfiel.

Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz war im 18. Jahrhundert noch keineswegs etwas Selbstverständliches. Auf dem Gebiete der Justiz wirkte es daher wie die Ankündigung einer neuen Zeit, wenn Friedrich der Große am 11. Dezember 1779 dem Etatsminister Freiherrn von Zedlitz anlässlich des bekannten Müller-Arnoldschen Prozesses schrieb: „Denn Ich will, daß in Meinen Landen einem jeden, er sei vornehm oder gering, prompte Gerechtigkeit widerfahre, und er nicht zum *faveur* eines Größeren gedrückt, sondern einem jeden ohne Unterschied des Standes und ohne alles Ansehen der Person eine unparteiische Justiz administriert werden soll.“ Daß in der Prozeßsache freilich der König im Irrtum und die abgesetzten Richter im Recht gewesen sind, steht auf einem anderen Blatt.⁸ Aber lobenswert war der Wunsch des Königs, einmal ein drastisches Exempel zu statuieren.

Mit der Einschränkung der Kabinettsjustiz, mit der Trennung von Justiz und Verwaltung und deren Bindung an das Gesetz, sowie mit der Abschaffung der Folter bei der Vernehmung hatte der „Alte Fritz“ bereits den Geist des modernen Rechtsstaates sichtbar werden lassen. Seinen Leib hat dieser aber erst unter dem Nachfolger erhalten in einem Gesetzeskorpus, das in der Federführung des Geheimen Oberjustizrates *Carl Gottlieb Suarez* durch lange Jahre vorbereitet worden war. Friedrich II. hatte seine Ausarbeitung durch Kabinettsordre vom 14. April 1780 angeordnet und den Entwurf noch kurz vor seinem Tode durchgesehen, weshalb man mit Recht von einer Art posthumer Ver-

fassungsstiftung Friedrichs gesprochen hat. Am 5. Februar 1794 ist dann das „Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten“ verkündet und am 1. Juni 1794 in Kraft gesetzt worden.⁹ In wesentlichen Stücken ist es noch bis in unser Jahrhundert in Kraft geblieben.

Weil heutzutage alle diese Dinge im angeblichen Zeitalter des Historismus – in Wirklichkeit ist es ein Zeitalter phantastischer geschichtlicher Umbildung – weitgehend unbekannt geworden sind und in einem Wust demagogischer Phrasen und uneingestander Vorurteile unterzugehen drohen, möchte ich Ihnen am Modell des Preußischen Landrechtes das Ethos dieses Staates darstellen, insbesondere was dieses Ethos für die staatsbürgerlichen Freiheiten des Individuums an Rechtsgarantien geboten hat. Wir verdanken dem Begründer des von mir an der Universität vertretenen Lehrfaches „Geistesgeschichte“, *Wilhelm Dilthey*, Einsichten in den Charakter dieses Landrechtes, die bis heute unüberholt sind und die ich hier zusammenfassend berichten will.

Das „Allgemeine Preußische Landrecht“, das ein getreues Innenbild des preußischen Staates im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus gibt, war von einem großen Gedanken getragen, der aus der lutherischen Reformation herrührt, nämlich: *Macht ist in Wirklichkeit kein Besitztitel dessen, der Macht innehat, sondern ein Amt.* Im Amt aber sind die Rechte stets an die Pflichten gebunden. Die Obrigkeit besitzt ihre Rechte zur Erfüllung ihrer Pflichten. Die Pflicht hat den Vorrang, sie begründet erst jedes Recht. Alle Herrschaftsverhältnisse erhalten – dies ist ihr Zweck – so den Charakter eines Amtes, gelegt in die Pflichterfüllung. Die Machtvollkommenheit des Staates rechtfertigt sich nur aus seiner moralischen Verpflichtung im Dienst des allgemeinen Wohls. Und diese moralische Verbindlichkeit setzt er sich selbst als die Schranke seiner Macht. Dadurch bekommen die Moralgesetze eine objektive Gültigkeit. So entstand schon vor 1800 ein Preußen, das – um mit *Wilhelm Dilthey* zu sprechen – die „Richtung auf den Rechtsstaat“ hin genommen hatte.

Ich muß hier wenigstens den Unterschied der westlichen Auffassung von Rechtsstaatlichkeit von der deutschen stichwortartig skizzieren: Im Westen handelt es sich zumeist um die Betonung gewisser Freiheitsrechte, die der einzelne für sich in Anspruch

nimmt, also um mehr subjektive Rechte, während herkömmlich im deutschen Staatsdenken der Ton darauf lag, daß sich alles ordnungsgemäß vollzieht. Man hatte dabei zunächst an den Schutz der objektiven Ordnung und dann erst an das Recht des einzelnen gedacht. Das Große am Allgemeinen Preußischen Landrecht aber war nun, daß es an beides zugleich gedacht hat. Denn das Landrecht war erfüllt von dem Bestreben, die Gewissensfreiheit des einzelnen Staatsbürgers auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Das Landrecht (Teil II, Titel 12: Von den niederen und höheren Schulen) brachte sogar schon die natürlichen Rechte der Heranwachsenden auf Freiheit der religiösen Überzeugung zur Geltung. Der Zutritt in öffentliche Schulen durfte niemandem wegen Verschiedenheit des Bekenntnisses versagt werden. Das ist ja noch heute nicht selbstverständlich; damals war diese Religionspolitik eines aufgeklärten Staates unerhört, geradezu eine Revolution. Aber auf dieser Grundlage hat sich das erste Staatsschulwesen der modernen Völker erhoben, zu dem einst Friedrich Wilhelm I. mit seiner Einführung der allgemeinen Schulpflicht für jedes Landekind den Grund gelegt hatte. Das Landrecht bestimmt jetzt: Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staates, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen zur Absicht haben. Freilich war das Recht der Persönlichkeit auf freie Entfaltung ihrer Fähigkeiten damals noch in eine feste Berufsordnung eingebettet, in der vom Bauern bis zum König jeder Beruf als ein von Gott aufgetragenes Amt galt.

Das dem Landrecht zugrunde liegende Toleranzprinzip hatte aber in Brandenburg-Preußen schon eine Tradition, die bis auf den Übertritt des Kurfürsten Johann Sigismund zum Calvinismus im Jahre 1613 zurückgeht, durch den er in der Konfession von der Mehrheit seiner Untertanen abwich. Der Kurfürst beließ diesen aber ihr lutherisches Bekenntnis unter Verzicht auf sein Regalrecht des Glaubenszwanges mit folgender Erklärung: „Auch wollen Seine Kurfürstlichen Gnaden zu diesem Bekenntnis keinen Untertan öffentlich oder heimlich zwingen, sondern den Kurs und Lauf der Wahrheit Gott allein befehlen, weil es nicht an Rennen und Laufen, sondern an Gottes Erbarmen gelegen ist.“ Diese denkwürdigen Worte stellten gegenüber allem bisherigen Brauch einen großen Fortschritt auf dem Wege der Entfaltung moderner Toleranz dar. Natürlich spielte dabei auch

Johann Sigismunds staatsmännische Einsicht in die tatsächlichen Kräfteverhältnisse eine Rolle. Aber seither bestand im Hohenzollernhaus eine stille Tendenz, die verlorene Glaubenseinheit auf höherer Ebene wiederherzustellen. Dies wurde in den Unionsgesprächen des 17. Jahrhunderts versucht und mit der im 19. Jahrhundert durchgeführten Union auch schließlich erreicht. Daher ist auch in der Folgezeit Brandenburg-Preußen, wie etwa das Potsdamer Edikt von 1687 über die Aufnahme der französischen Refugiés zeigt, ein Musterland des konfessionellen Friedens geblieben, weil die Krone frei über allen Kirchen stand und die Parität schützte. Die Böhmisches Brüder, die in Rixdorf bei Berlin ihren Unterricht sogar auf tschechisch abhalten durften, konnten, wie Treitschke feststellt, ihr Danklied in den Marken erschallen lassen:

„Das Volk, das sonst im Finstern saß, von Irrtum ganz umgeben, das findet hier nun sein Gelaß und darf in Freiheit leben.“

Friedrich der Große, der schon bei seinem Regierungsantritt 1740 auf die Frage des Generaldirektoriums, ob ein Katholik das Bürgerrecht erwerben dürfe, geantwortet hatte: „Ein jeder kann bei mir glauben, was er will, wenn er nur ehrlich ist“, hat dann später, dem Aufklärungszeitgeist entsprechend, mehr rationale Begründungen der Toleranz im Sinne der Staatsraison gegeben. So heißt es in seinem Politischen Testament von 1752: „Ich bin neutral zwischen Rom und Genf. Will Rom sich an Genf vergreifen, so zieht es den Kürzeren. Will Genf Rom unterdrücken, so wird Genf verdammt. Auf diese Weise kann ich dem religiösen Haß steuern, indem ich allen Parteien Mäßigung predige. Ich suche aber auch Einigung unter ihnen zu stiften, indem ich ihnen vorkomme, daß sie Mitbürger eines Staates sind und daß man einen Mann im roten Kleide ebenso lieben kann wie einen, der ein graues Gewand trägt.“

In diesem Sinne ist dann nach Friedrichs Tod die Toleranz im Allgemeinen Preußischen Landrecht von 1794 verankert worden.¹⁰ Teil 2, Titel XI über die Rechte und Pflichten der Kirchen und geistlichen Gesellschaften beginnt mit den Feststellungen:

1. Die Begriffe der Einwohner des Staates von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen sein.
2. Jedem Einwohner im Staat muß eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden.

3. Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religions-sachen Vorschriften anzunehmen.

4. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhigt, zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden. Schon Friedrich des Großen Kirchenpolitik ist Ausdruck dieser Idee gewesen: Gleichberechtigung der Reformierten mit den Lutheranern, Aufnahme der französisch Reformierten, Toleranz gegen die Katholiken, die am Festungsgraben in Berlin auf königlichem Baugrund und mit Mitteln der königlichen Schatzkammer die Hedwigskirche bauen durften. Aber sogar auch Toleranz für die Sekten, was den frommen Gemütern ein besonderer Abscheu war, weil diese die gemeinsamen Grundwahrheiten der großen Kirchen bekämpften. Im preußisch gewordenen Schlesien fanden aber die Anhänger von Caspar Schwenckfeld und Johann Hus eine Zuflucht. Selbst die schon unter Kurfürst Friedrich III. zugelassenen Sozinianer oder Antitrinitarier in Ostpreußen (Andreaswalde) durften ihr Bethaus in eine Kirche umwandeln. So war Preußen der vorbildliche Staat moderner Gewissensfreiheit und Religionstoleranz geworden.

Das Großartigste zur Frage, worin denn nun eigentlich Toleranz in der Religionspolitik auf Seiten des Staates zu bestehen habe, hat aber wohl *Ernst Ludwig von Gerlach*, der Gründer der Konservativen Partei Preußens, in einem Weihnachten 1862 – also jetzt vor wenig über hundert Jahren – in einem an den Halle-schen Historiker Heinrich Leo gerichteten Brief¹¹ ausgesprochen: „Man muß den Lutheranern und den Römern ihre Beschwerden, die sie so sehr lieb haben, zum Teil leidenschaftlich lieb, nehmen durch Gerechtigkeit: das ist der Weg zur Evangelischen Katholizität. *Preußen akzentuiert die Konfession nicht, sondern erlaubt ihnen sich zu akzentuieren*“.

Der Rechtsstaat hat sich immer nur sehr allmählich in der Geschichte ausgeprägt, ohne je zu gänzlicher Vollendung zu gelangen. Aber heute wie alle Zeit gilt, daß der Rechtsstaat die Würde der menschlichen Person durch seine Gesetze sicherstellen will, daß die Rechte des Menschen, die des Schutzes würdigen bürgerlichen Freiheiten, nicht durch die Repräsentanten des Staates gekränkt oder gar erniedrigt werden. Von Friedrich Wilhelm III., unter dem der preußische Klassizismus die Wendung ins Biedermeier nahm, ist die bezeichnende Szene überliefert, daß er mit tiefem Unmut den Bürgern von Elbing verwehrt

hat, die Pferde seines Wagens auszuspannen und ihn im Triumph in die Stadt einzuholen, mit den folgenden Worten: „Es ist unter des Menschen Würde, Dienst von Tieren zu verrichten. Habe meine Untertanen zu lieb, kann und darf solche Erniedrigung nicht annehmen.“ – Es war nicht die geringste Weisheit des alten Preußen, daß man noch Mensch und Tier zu unterscheiden wußte.

In der Einleitung zum Landrecht¹² sind die allgemeinsten Prinzipien des Rechtsstaates so ausgesprochen: „Die Gesetze binden alle Mitglieder des Staates ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts. Jeder Einwohner des Staates ist Schutz für seine Person und sein Vermögen zu fordern berechtigt“ (§ 76). In diesen Sätzen ist die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz entschieden worden. Hierdurch wurde erst unser moderner Begriff des Staatsbürgers möglich. Das Landrecht, das „einen wichtigen Moment auf dem Wege zur Realisierung des Rechtsstaates“ (W. Dilthey) darstellt und den Weg zum Konstitutionalismus eröffnet hat, ist fast gleichzeitig mit der Annahme der amerikanischen Verfassung unter George Washington im Jahre 1787 verkündet worden und stellt somit den preußisch-deutschen Beitrag zur „Declaration des droits des hommes“ dar.

Unser heutiger Staat lebt weithin aus diesem preußischen Erbe, auch wenn er das gar nicht weiß. Das alte Preußen, das viele von uns durch Erziehung und Geschichte noch kennengelernt haben, ist ein Rechtsstaat gewesen. Der Beamte, wie er von diesem Staat gemeint war und wie es ihn Jahrhunderte hindurch gegeben hat, biß sich eher den kleinen Finger ab, als daß er eine Unterschlagung begangen hätte. Preußisch wurde gleichbedeutend mit sauber, anständig, gerecht und pflichtgetreu; *travailler pour le Roi de Prusse* nannten die Franzosen es, wenn sie ausdrücken wollten, daß einer eine Sache nur um ihrer selbst willen tut, ohne Aussicht auf *Avancement* oder Belohnung. „Mehr vor die Ehre als um Besoldung“ heißt es bei Friedrich Wilhelm I. bei der Instruktion von 1722 an das Generaldirektorium. Offiziere und Beamte, die ihre sachliche Befähigung durch Amtsprüfungen nachweisen mußten, wurden in Preußen, lächerlich gering besoldet. Ein formelles Recht auf Stellung und Gehalt für den Beamten gab es unter den patriarchalischen Verhältnissen des 18. Jahrhunderts noch nicht. Der Beamte war noch ein „königlicher Bedienter“. Erst mit dem aufgeklärten Ab-

solutismus kommt am Ende des 18. Jahrhunderts die Bezeichnung „Staatsdiener“ auf, während sich der Terminus „Beamter“ erst im 19. Jahrhundert einbürgerte.

Über das Amt im Staatsdienst, in einem besonderen Titel (II, 10) als Staatsdienerrecht kodifiziert, sagt das Landrecht u. a. folgendes aus: Es soll niemandem ein Amt aufgetragen werden, der sich dazu nicht hinlänglich qualifiziert und Proben seiner Geschicklichkeit abgelegt hat (§ 70). Niemand soll sein Amt zur Beleidigung oder Bevormundung anderer mißbrauchen (§ 86). In der „Instruktion für die Regierungskollegien“ vom 21. XII. 1808 heißt es alsdann im § 44: „daß gegen Offizianten, welche ihr Amt lau verwalten oder darin Eigennutz oder andere Privatleidenschaften befriedigen, ohne Nachsicht und unbekümmert um Stand und Rang mit Energie verfahren werden müsse; auch dürften keine Subjekte im Amt geduldet werden, die durch ihr Privatleben Gleichgültigkeit gegen Recht und Moralität an den Tag legten oder sich durch ihren Wandel, etwa Spiel oder Trunk, verächtlich machten“ (zitiert nach Hartung a. a. O. II, 17). Eine Entlassung höherer Beamter durfte nur noch durch Kollegialbeschuß des Geheimen Staatsrates im förmlichen Verfahren ausgesprochen werden. So war schon im Landrecht das Beamtenamt mit erhöhten Rechtsgarantien ausgestattet worden. Der öffentlich-rechtliche Charakter des Amtsverhältnisses und die persönliche Sicherstellung des Beamten ist dann 1825 durch die Einführung der Pensionsberechtigung und 1844 durch ein neues Disziplinargesetz noch weiter verstärkt worden.

Das Zeitalter des Konstitutionalismus hat dann allgemein eine Reihe institutioneller Vorkehrungen gebracht, die das Wesen des Rechtsstaates überhaupt ausmachen. Hierhin gehört in erster Linie die geschriebene Verfassung, die die Staatsmacht rechtlich umgrenzt, dem einzelnen Bürger gewisse Grundrechte garantiert und eine unantastbare, staatsfreie Sphäre sicherstellt.¹³ Der Beamte wird jetzt an die Verfassung gebunden und durch den Verfassungseid der Norm des Rechts als höchstes Gebot für seine Amtstätigkeit unterstellt. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hat sich allenthalben in Deutschland mit dem Beamtenamt ein Standesbegriff verbunden, dessen wesentliches Kennzeichen nicht ein gewerkschaftliches Interesse, sondern eine moralische Gesinnung ist: die Verpflichtung an das Ganze. Denn nicht nur Adel verpflichtet, auch Amt, Bildung und Besitz verpflichten.

In Preußen stehen am Eingang dieser neuen Entwicklung die Stein-Hardenbergschen Reformen, die den Gedanken der Selbstverwaltung in das Berufsbeamtentum hineingetragen und dieses auf die Seite des Fortschritts hinübergezogen haben. Der *Freiherr vom Stein* hat die alte Anhänglichkeit an das Mechanische, das Apparathafte als Ungeist der Bürokratie bekämpft und über die notwendig gewordenen Verwaltungsreformen hinaus das staatsbürgerliche Bewußtsein zu stärken versucht, das er in der Unabhängigkeit des verantwortlichen und sachgebundenen Urteils sah. An Hardenberg schrieb er in diesem Sinne am 8. Dezember 1807 aus Memel: „Der Übergang aus dem alten Zustand der Dinge in eine neue Ordnung darf nicht zu hastig sein. Man muß die Menschen nach und nach an selbständiges Handeln gewöhnen, ehe man sie zu großen Versammlungen beruft und ihnen Interessen zur Diskussion anvertraut. Man muß die Nation daran gewöhnen, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und so aus jenem Zustand der Kindheit herauszutreten, in dem eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten will.“¹⁴ Dem dienten die Einrichtungen der Städteordnung wie der provinziellen Selbstverwaltung, nicht zuletzt auch die Universitätsneugründungen von Berlin, Bonn und Breslau nach 1810, alle Male Friedrich Wilhelms Universität geheißten. Seit der Reformzeit ist dann das bürgerliche Element auch im höheren Beamtentum immer weiter vorgedrungen, um so die staatsbürgerliche Rechtsgleichheit zu demonstrieren;¹⁵ nur das Offizierskorps blieb während des 19. Jahrhunderts im wesentlichen noch eine Domäne des Adels.

Für die konstitutionelle Monarchie in Preußen war kennzeichnend, daß der König sich der Vermittlung des Beamtentums unter allen Umständen bedienen *mußte*, wie *Stabls* Philosophie des Rechts klar herausgearbeitet hat. Das bedeutet auch, daß der leitende Ministerialbeamte für die Verfassungsgemäßheit der Regierungsakte mit der Gegenzeichnung – der Ministerpräsident für das Kabinet, der Fachminister für das Ressort – die persönliche Verantwortung übernehmen mußte. Diese Haftung hat gesetzwidrige Akte des Monarchen sehr erschwert.

Der Ministerpräsident *Otto von Manteuffel* hat die Aufgabe eines preußischen Staatsministers seinem Monarchen in einer Denkschrift vom Mai 1856¹⁶ folgendermaßen auseinandergesetzt: „Es mag in der Stellung eines Monarchen leicht die Versuchung

vorhanden sein, daß er eigentlich gar keiner Minister bedürfe, welche ein selbständiges Urteil haben, daß vielmehr die Minister nur Personen sind, welche Befehle empfangen, um sie durch Unterbehörden und Unterorgane wieder ausführen zu lassen. Eine solche Auffassung dürfte indessen weder richtig noch auch in ihren Konsequenzen frei von Bedenken sein. Es unterliegt zwar keinem Zweifel, daß die Minister des Königs ihm ebensogut wie alle anderen Beamten zu Gehorsam verpflichtet sind, und daß sie schließlich seine Befehle auszuführen haben. Je bereitwilliger ich das anerkenne, und, wie ich hinzufügen darf, je mehr ich nach dieser Erkenntnis gehandelt habe, um so weniger darf ich es auch auszusprechen scheuen, daß ich den Gehorsam des Ministers doch eigentlich eben deshalb, weil er ihn mit allen anderen Beamten des Königs teilt, nicht für seine charakteristische Eigenschaft halte. Niemals haben gehorsame Minister die Dynastien oder Staaten vor dem Untergang bewahren können, ebenso wie der geschickteste Leibarzt seinem königlichen Herrn nicht helfen kann, wenn von ihm nicht ein zu beachtender Rat, sondern *nur* Gehorsam verlangt wird. Das erste, was man von einem Minister zu verlangen hat, ist, daß er die Befähigung besitze, die Situation und die einzelnen Verhältnisse richtig zu beurteilen, die Gewissenhaftigkeit, mit Selbstverleugnung seinen Rat über das zu geben, was zu tun sei, und die Bereitwilligkeit, den Mut und die Fähigkeit, für die Erfolge – namentlich wenn sie momentan ungünstig sind – mit seiner Person einzutreten.“

Die weitergehende liberale Forderung nach Ministerverantwortlichkeit, daß sich nämlich der Minister nicht nur dem Monarchen, sondern auch der Volksvertretung gegenüber verantworten müsse, ist theoretisch-prinzipiell durch die Möglichkeit der Ministeranklage anerkannt worden. Aber erst mit dem Übergang zum Parlamentarismus wurde sie institutionalisiert – in der Reichsverfassung von Weimar (Art. 59) durch die Einrichtung des Staatsgerichtshofes. Wenn die preußische Beamtenschaft im 19. Jahrhundert überwiegend dem politischen und weltanschaulichen Liberalismus zuneigte, so hatte dies den guten Grund, daß der Liberalismus in allen deutschen Staaten für ein modernes Beamtenrecht eintrat, das dem Beamten eine öffentlich-rechtliche Sonderstellung zum Unterschied von Arbeitern und Angestellten geben sollte. Mit Recht hat *Franz Schnabel*¹⁷ darauf hingewiesen, daß es badische Minister des Vormärz wie Karl

Friedrich Nebenius und Ludwig Winter gewesen sind, die das zuerst vertreten haben, was man später auch in Preußen den „Geheimratsliberalismus“ genannt hat.

Die preußische Verwaltung ist aber durch die lokale Selbstverwaltung stets liberal aufgelockert gewesen. Kaum je traf das Staatsministerium Entscheidungen am grünen Tisch, fast immer wurde die Stellungnahme der Unter- und Mittelinstanzen eingeholt und berücksichtigt. Eine Untersuchung über die preußische Verwaltungspraxis in der neuen Provinz Schleswig-Holstein nach 1864 kam jüngst zu dem Ergebnis: „Die Annahme, daß Verwaltungsmaßnahmen in Preußen in diktatorähnlichen Formen durchgeführt worden seien, die heute noch im Ausland als eine weit verbreitete Schablone begegnet, ist irrig. . . . Bezirksregierungen wie Oberpraesidenten haben ein erstaunlich großes Maß an eigener Initiative besessen“.¹⁸

Häufig ist dem preußischen Beamtentum von Übelwollenden, die meist von außen sahen, vorgeworfen worden, es sei rückgratlos gewesen, habe einen kriecherischen Befehlsempfängertyp gezüchtet oder es habe sich vor Beschwerden und öffentlicher Kritik hinter dem Dienstgeheimnis verschanzt und sich als Kaste vom praktischen Leben abgekapselt, um der Verwaltung als Selbstzweck zu frönen. Die historische Wirklichkeit deckt aber derartige Verallgemeinerungen singulärer Mißstände nicht.

Schwerer könnte der Vorwurf wiegen, daß das Gesetz über Dienstvergehen vom 21. Juli 1852 der preußischen Beamtenschaft das moralische Rückgrat gebrochen habe, weil hier im § 20 die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand angedroht worden ist, wenn sich der leitende Beamte „einer feindlichen Parteinahme gegen die Staatsregierung“ schuldig mache. Das hatte dann tatsächlich zur Folge, daß in der Reaktionszeit, aber auch später, Landräte gemäßregelt worden sind, die mit der Politik der herrschenden Partei nicht übereinstimmten. Der berühmte Fall der sog. „Kanalrebelln“ von 1899 hat dann das Problem des „politischen Beamten“ zum Gegenstand einer erregten öffentlichen Diskussion gemacht, die im Grunde bis heute nicht aufgehört hat. Mit der Forderung an das Beamtenkorps, die Regierungspolitik zu bejahen und sie bedingungslos zu vertreten, hängt aufs engste die Frage der Zugehörigkeit des Beamten zu einer politischen Partei zusammen; auch die Wählbarkeit des Beamten ins Parlament ist eng damit verbunden. Der letzte Innenminister

des Königreichs Preußen *Dreus* hat daher 1917 in einer Denkschrift vorgeschlagen, am besten auf beides zu verzichten, um so die Verwaltung zu entpolitisieren und die Beamten – zumal die Landräte – von den Parteien und ihren wechselnden Koalitionen wirklich unabhängig zu machen.¹⁹ Ihm sind darin manche Politiker und Staatsrechtslehrer gefolgt, die die Idee des Berufsbeamtentums als einer vom Fache her neutralen Instanz darin erblickten, den überparteilichen Staat zu repräsentieren.

Nachdem die nationalsozialistische Zeit dann in der Praxis, wie noch in aller Erinnerung ist, auch die elementaren Menschenrechte der Beamten außer Kraft gesetzt hat, kehrte das Bonner Grundgesetz zu den alten Zuständen zurück, hat aber – siehe die Kann-Klausel von Art 137,1 – das Problem des politischen Beamten ungeklärt gelassen. Keineswegs darf man hierin aber ein unheilvolles preußisches Erbgut sehen wollen, denn die staatsrechtliche Lösung dieser Frage ist von einer ungewöhnlichen Schwierigkeit. Heutzutage eröffnet die Forderung nach strikter Neutralität des Berufsbeamtentums allzu leicht die Gefahr, daß mit der Ausdehnung der allgemeinen Staatsaufgaben und der zunehmenden Bürokratisierung, wie sie der hochspezialisierten Industriegesellschaft entspricht, auch noch ein Korps spezialistischer Verwaltungsmanager im staatlichen Bereich herangezüchtet wird, das die Verwaltung um der Verwaltung willen betreibt. Die Fachneutralität des Beamten ist wahrscheinlich nur dann erträglich und sogar fruchtbar, wenn er persönlich an eine Person gebunden wird, in der der Staat so zum Symbol geworden ist, daß er ihn außer- und oberhalb aller Parteien gültig zu repräsentieren vermag. Daher scheint das Problem letzten Endes nur auf dem Boden einer parlamentarischen Monarchie lösbar zu sein.

In der politischen Praxis des 19. Jahrhunderts, die zumindest die Staatsform der konstitutionellen Monarchie gekannt hat, vermochte sich daher der preußische Common sense zu bewähren und durchzusetzen. Denn auch der Gehorsam gegen Ordres, die von oben kamen, hatte eben eine deutlich markierte Grenze im Gewissen des einzelnen. *Moltke* hat es im Gespräch mit dem oesterreichischen Historiker Heinrich Friedjung einmal so ausgedrückt: „Überhaupt – Gehorsam ist Prinzip, aber der Mann steht über dem Prinzip.“

Wenn sich das Bonner Grundgesetz im Art. 33 zu den „herge-

brachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ bekennt, wie sie auch schon in der Weimarer Verfassung verankert waren, so kann man ziemlich genau angeben, worin sie bestanden. Es waren nämlich uneigennütziges Hingabe an den Dienst, ein hohes Maß an Nüchternheit und Sachlichkeit in der Urteilsbildung, gewissenhafte Pflichterfüllung und absolute Unbestechlichkeit, ferner die allem äußeren Pomp abgewandte Schlichtheit des Auftretens, wie sie sich in Graf Schlieffens preußischem Wahlspruch ausdrückte: „Viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen“. Es war ferner der Wille zur Sparsamkeit, der sich immer an die untere Grenze dessen hielt, was als „standesgemäßes Auftreten“ gilt, denn die selbstlose Hingabe an das Amt und damit an den Staat, das war der Inhalt des spezifisch preußischen Beamtenethos. Wie dieses tatsächlich ausgesehen hat, möge man als Beispiel aus dem Abschiedsschreiben des beim Beginn der „Neuen Ära“, November 1858, aus dem Amte scheidenden Ministerpräsidenten Otto von Manteuffel ansehen.²⁰ Der Prinzregent, alsdann König Wilhelm I., hatte ihm mit Handschreiben die Erhebung in den Grafenstand, die Stiftung eines erblichen Majorats und die Berufung in das Herrenhaus auf Lebenszeit angekündigt. Wie die angebliche preußische Titelsucht und Karrieremacherei aussah, zeigt Manteuffels Antwort:

„Was nun die mir allergnädigst zugeordneten Auszeichnungen betrifft, so wollen Ew. K. H. mir darüber eine freimütige Äußerung gestatten, zu welcher ich mich um so mehr gedrungen fühle, als ich annehmen zu dürfen glaube, daß es nicht in der Absicht liegt, meinen Wünschen entgegen Verfügungen zu treffen. Meine persönlichen Wünsche habe ich stets schweigen lassen, wo es sich um das Interesse des Königs und des Landes handelte. Jetzt, wo ich in das Privatleben zurückkehre, nehme ich es als ein Recht für mich in Anspruch, meinen eigenen Gefühlen wieder Rechnung zu tragen in Dingen, die nur meine Person und deren Verhältnisse betreffen. Ich kann die Rangerteilung, die Majoratsstiftung, die Mitgliedschaft des Herrenhauses für mich nicht wünschen. Mit alleruntertänigstem Danke würde ich es anerkennen, wenn meine nicht leicht erdiente Pension mir bewilligt würde.

Als ich vor zehn Jahren das Amt eines Ministers übernahm, geschah es aus Liebe zu meinem König und zum Vaterland, aus angestammter Treue, ohne jede Aussicht auf äußere Anerkennung und Belohnung. Ich will – das bin ich meiner Vergangen-

heit und meinem Sohne schuldig – auch aus den jetzigen Verhältnissen ohne äußere Zeichen der Anerkennung ausscheiden. Ew. K. H. bitte ich daher inständigst, von den mir zugeordneten Auszeichnungen Abstand zu nehmen. Der Zweck, den Ew. K. H. damit erreichen wollten, ist durch das gnädige Handschreiben vom 3. d. M. erreicht.“

Das war die Antwort eines preußischen Edelmannes. Ich frage mich, wo ist diese Staatsgesinnung heute hingekommen. Gottlob lebt sie noch in einzelnen Persönlichkeiten auch heute weiter. Im 19. Jahrhundert war sie freilich verbreiteter. Noch die großen Unternehmer und Wirtschaftsführer dieser Zeit haben jenem preußisch-kargen Lebensstil gehuldigt. Freilich kannte der preußische Staat auch noch kein Steuersystem, das zur künstlichen Kostenbildung und zum unnötigen Spesenmachen förmlich aufreizt. *Theodor Fontane* hat dieses heute in den Schatten gestellte Ethos in seinem Roman „Der Stechlin“ schön beschrieben: „Wir wissen, was wir zu tun haben. Dienst ist alles und Schneidigkeit ist nur Renommisterei. Und das ist alles, was bei uns am niedrigsten gilt. Die wirklich Vornehmen gehorchen nicht einem Machthaber, sondern dem Gefühl ihrer Pflicht. Was uns obliegt, ist nicht die Lust des Lebens, auch nicht einmal die Liebe, die wirkliche, sondern lediglich die Pflicht. Es ist dies außerdem etwas speziell Preussisches. Wir sind dadurch vor anderen Nationen ausgezeichnet, und selbst bei denen, die es nicht begreifen oder übelwollen, dämmert die Vorstellung von unserer daraus entspringenden Überlegenheit“.

Der Offiziersstand

Ich sagte vorhin, daß neben dem Beamtentum der Offiziersstand den preußischen Staat getragen und repräsentiert hat. Daß dieser Offiziersstand besonders kriegslüster gewesen sei, das militärische Denken in Deutschland entfacht, oder doch mindestens beflügelt habe, stammt aus einem Märchenbuch für Erwachsene. Die tatsächlichen Verhältnisse sahen anders aus – auch schon beim sog. Soldatenkönig, dem das Bündnis von Pietismus und Kaserne als Ausgeburt einer Mesalliance gern angekreidet wird, der aber alles andere als kriegslüster gewesen ist. Überhaupt schneidet Preußen hinsichtlich der Zahl geführter Kriege

im Vergleich mit den Großmächten Europas schlecht ab. Kein preußischer König kann mit Ludwig XIV. oder Napoleon I. verglichen werden. Manche wie Friedrich Wilhelm IV. waren eher zu skrupelhaft. Nicht zufällig höhnte z. B. die Londoner Times von 1860 und gab damit die „öffentliche Meinung“ Europas über Preußen wieder, daß dieses Land sich lieber auf Konferenzen vertreten lasse als daß es sich danach dränge, auf den Schlachtfeldern Europas zu erscheinen.²¹ Dessen ungeachtet bedurfte aber dieses Land ohne natürliche Grenzen in der Herzmitte Europas auch eines starken Heeres. Aber auf den preußischen Kanonen stand bezeichnenderweise die Devise: *Ultima ratio regis*, was kurz und bündig übersetzt hieß: Der Waffengang ist der letzte Ausweg – und nicht der erste.

Ebenso ist es eine Legende, daß Preußen ständig eine Politik der Bedrohung seiner östlichen Nachbarländer getrieben habe. Es ist kaum zufällig, daß die ostpreussische Grenze 500 Jahre lang stabil geblieben ist. Die polnische Minorität, der man die eigene Sprache ließ, deren Kirchen- und Schulwesen man gepflegt hat, ist nämlich nach den Prinzipien des Landrechts behandelt worden, von denen wir gehört haben. Deshalb war es nur folgerichtig, wenn in der 9. Sitzung des Parlaments der Reichsgründung von 1871 der Sprecher der polnischen Fraktion, von Krzyanowsky, erklärte: „Wir wollen, meine Herren, bis Gott anders über uns bestimmt, unter preußischer Herrschaft bleiben, und dies viel lieber als dem Deutschen Reiche einverleibt zu werden“.

Was nun den preußischen Generalstab betrifft, so hat er seine charakterliche Prägung seit 1857 durch den älteren Moltke und später durch Schlieffen erhalten, der durch die Schule der Herrnhuter Brüdergemeine hindurchgegangen war. Er stellte eine Überhöhung edlen Soldatentums ins Wissenschaftliche und Geistige dar. Dennoch ist der Große Generalstab – und das sollte Preußen heißen – 1945 vor dem Nürnberger Gerichtshof als eine verbrecherische Organisation angeklagt worden. Da wußte es ein zeitgenössischer Kulturkritiker²² besser, der in den zwanziger Jahren einmal feststellte, daß es vier Institutionen gäbe, die Europa vor der Barbarei aus dem Osten schützten: den Papst in Rom, die französische Akademie der Wissenschaften in Paris, das englische Parlament in London und der preußische Generalstab in Berlin. Das war der geistige Rang und die geschichtliche Aufgabe, die man dieser Institution rechtens zuschrieb. Und das

ist auch der Grund, weshalb im Offizierkorps der heutigen Bundeswehr an das alte preussische Offiziersethos wieder anzuknüpfen gesucht wird. Ich darf deshalb einen Passus aus einem Vortrag zitieren, den der frühere Befehlshaber im Wehrbereich III Generalmajor *Schimpf*²³ vor einer Evangelischen Akademie gehalten hat:

„Ob nukleare oder konventionelle Waffen, das Autoritätsprinzip in einer Armee ändert sich nicht. Es gilt den Stil zu finden, der den Soldaten zu diesem Prinzip Vertrauen fassen läßt. Die Bundeswehr bemüht sich um diesen Stil, über dessen Erfolg oder Mißerfolg nicht die Journalistik des Tages, sondern allein die Bewährung im Kampf entscheiden kann. Das Autoritätsprinzip in der Armee ist aber kein militärisches Glaubensdogma für den, der Autorität beanspruchen darf. Er hat diese täglich und stündlich neu zu erwerben und zu festigen. Der Charakter des militärischen Führers aller Grade wird daran erkennbar, wie die Autorität beschaffen ist, die ihn trägt oder von der er sich tragen läßt. Scharnhorst hat diese Gedanken in dem ihm eigenen Reichtum seiner Sprache mit den Sätzen ausgedrückt: ‚Wenn der Offizier seine Würde in Ausbildung seiner Fähigkeiten, Vermehrung seiner Kenntnisse und wirklichen inneren Wert setzt, wenn er überall auf seine Handlungen strenge Aufmerksamkeit richtet und unparteiisch und gerecht zu seinen Untergebenen ist, so kann es ihm nicht fehlen, daß er sich die Liebe, das Vertrauen und den achtungsvollen Gehorsam derselben in hohem Grad erwerben und sein Ansehen fest und bleibend gründen wird‘. Ich habe dieses Zitat nicht nur wegen seines erzieherischen Inhalts ausgewählt, sondern auch aus dem Grunde, weil Scharnhorst für den Begriff ‚Autorität‘ ein deutsches Wort findet, das Anspruch darauf erheben darf, in unserem militärischen Bereich für Autorität gesetzt zu werden: das Wort ‚Ansehen‘. Fassen wir unter uns Autorität als Ansehen auf, dann sind wir zu der echten Stilform zurückgekehrt und die Potestas hat ihren Stempel und Schrecken für immer verloren. Autorität aus ‚Ansehen‘ tötet jeden Versuch zur Apokalypse der Tyrannis“.

Damit möchte ich zum Ausgangspunkt zurückkehren: die Autorität oder besser eben das Ansehen des Staates in der Gegenwart. Wenn wir unsere heutigen deutschen Verhältnisse betrachten und danach fragen, wie und wo das Ansehen des Staates gerade auch als Sicherung der bürgerlichen Freiheiten anzusehen wäre,

dann stoßen wir auf das deprimierende Faktum, daß Autorität ein rarer Artikel geworden ist, weil zuviel davon verwirtschaftet wurde. Schon *Jakob Burckhardt*²⁴ hat diesen beunruhigenden Zustand empfunden, wenn er einmal feststellte: „Autorität ist ein Mysterium. Wie sie entsteht ist dunkel, wie sie aber verwettet wird, das greifen wir täglich mit Händen“. Und neue Autorität ist offenbar nicht organisierbar, sondern ist eine Gabe, die gegeben wird, ein Charisma.

Führer und Vorbilder

Die Menschen heute neigen viel eher dazu, einem starken Manne, einem Führer nachzulaufen, der für sie denken und handeln, der ihnen gerade die Last der persönlichen Gewissensentscheidung abnehmen soll. Diese Neigung ist heute auf der ganzen Welt zu finden. Sie begünstigt faschistische Tendenzen und totalitäre Entwicklungen, an deren Ende dann der Wille eines Führers oberstes Gesetz wird, der durch nichts beschränkt ist, durch kein Recht und durch keine Volksvertretung. Auch und gerade in demokratischen Staaten und sogar mit patentiert demokratischer Nomenklatur können sich solche Entwicklungen und Verhältnisse herausbilden. Gar nicht früh genug kann man unsere deutsche Erfahrung – sie ist teuer erkaufte – solchen gefährlichen Neigungen entgegenstellen, daß „Führer befehl – wir folgen“ die erbärmlichste Kapitulationsparole ist, die man sich denken kann. Ist es da nicht bedenklich, daß auch bei uns achtzehn Jahre später schon wieder Tendenzen zu einer Verherrlichung des Nationalsozialismus da und dort auftauchen, die 1949 bei der Verabschiedung des Grundgesetzes noch niemand für möglich hielt.

Wie steht es um das Führertum? Der Staatsmann, der Autorität, der *Ansehen hat*, ist nämlich gerade kein Führer, sondern ein Vorbild, – und das ist etwas ganz anderes. Was heute so sehr fehlt und not tut, ist die heilende und helfende Macht von Leitbildern, die in vorbildlichen Gestalten sichtbar werden. Der Philosoph *Max Scheler*²⁵ hat das Verhältnis von Führern und Vorbildern einmal dahin bestimmt: „Der Wirksamkeit eines Führers entspricht eine Gefolgschaft, der des Vorbildes ein Sich-danach-Bilden und ebenso Sich-in-es-Hineinbilden. Ein Führer

kann ein Heiland sein und ein gewissenloser Demagoge, er kann Führer eines Tugendbundes oder einer Räuberbande sein. Dagegen ist das Vorbild seinem eigensten Sinne nach stets positiv wertehaltig. Es sind die wirksamen Vorbilder, die für Führerauslese und Führerauswahl mitbestimmend sind“. Vorbilder – und vorbildlich können auch Staaten, Ideen, Lebensformen sein – sind viel fundamentaler als das Führertum. „Welchen Göttern wir dienen, indem wir sie heimlich oder bewußt unser Vorbild werden lassen, das entscheidet auch darüber, welche Führer wir wählen“.

Der Kern der heutigen Nöte und der ganzen sogenannten Kulturkrise liegt darin, daß die Vorbilder und Leitbilder heute fehlen. Wir führen das Wort Abendland im Munde, das was angeblich gegen den Bolschewismus verteidigen wollen, aber wo entwickelt das Abendland vorbildliche und prägende Kraft? In welchem Leben ist das Abendländische wirklich Sinn- und Leitbild? Das liegt nicht am Abendland, sondern an uns. Sind wir Menschen, denen die Sorge für das freie Abendland anvertraut werden kann? Übernehmen wir vor unserem Gewissen Kulturverantwortung? Erreicht uns noch der Anruf der Tradition und antworten wir auf ihn mit unserem Leben –, was der Engländer *Arnold Toynbee* challenge and response genannt hat? Damit habe ich die Frage nach der Vermittlung von Tradition gestellt und nach unserer Kraft, Güter und Werte der Tradition recht zu repräsentieren. Wie steht es um das Lebendigwerden alter Traditionen, um die echte Aneignung des abendländischen Kulturerbes, das uns auch dazu befähigt, der Vermassung ebenso wie allen totalitären Tendenzen Widerstand zu leisten und Europa von seinem Ursprung her wirklich und echt zu verteidigen?

Tradition

Dazu nun ein besinnliches Wort, das dem Nachdenken über das Wesen geschichtlicher Prozesse überhaupt entstammt: Alte Traditionen werden nicht durch lehrhafte Worte lebendig, sondern nur durch lebendiges Beispiel. Verba docent, exempla trahunt. Nicht ein Vortrag über die Werte der preußischen Tradition machte diese zu einer lebendigen Kraft, sondern nur ein im preußischen Stil gelebtes Leben, das in den Seelen junger Menschen Widerhall findet und Nachfolge erhält. Der kernpreußische

Wahlspruch von Moltke und Schlieffen: Wenig reden, viel leisten, mehr sein als scheinen, kann nämlich nur gelebt und vorgelebt werden. Große Szenen und Gestalten aus der preußischen Geschichte könnten Leitbilder der Jugend werden, wenn es nur gelänge, den inneren Adel ihres Seins wieder sichtbar werden zu lassen. Denn auch und gerade diese durch wiederholten Mißbrauch und Verfälschung in den Schatten gestellten Leitbilder gehören zu den Traditionen, die verloren gingen und deren Fehlen so sehr schmerzt. Nachdem die altpreußischen Erblände heute unter fremder Verwaltung stehen, hängt es allein von uns ab, ob wir uns auch noch die geschichtlichen Traditionen rauben lassen. Aber nur *die* Gestalten und Phänomene sind in die eigene Gegenwart übersetzbar, die über ihre Zeit hinaus und in Überzeitliches hineingewachsen waren. Man kann auch sagen: Nur derjenige objektive Geist in der Geschichte, dem die Objektivierung gelungen war, ist noch heute wirkliche Geschichtsmacht, wie z. B. das Christentum, die Antike, der Humanismus, Teile der Kantischen Philosophie und eben auch das preußische Ethos.

Eine der verehrungswürdigsten Gestalten der preußischen Geistesgeschichte, der große Freund Wilhelm Diltheys, *Paul Graf Yorck von Wartenburg*²⁶, ein Enkel des Yorck von Taugoggen, hat über das uns hier bewegende Problem: Tradition und Gegenwart, wohl das entscheidende Wort gesprochen: „Echte Begegnung mit geschehener Geschichte ist immer eine virtuelle Kraftübertragung“. – Das meint: Geschichte ist keine Gemäldegalerie, in der ich mich beim Ansehen schöner Bilder zu ästhetischem Wohlgefallen ergehen kann, sondern nur da wird Geschichte für mich lebendig, wird Vergangenheit zur Gegenwart, wo ein Wirkungskonnex stattfindet, wo echte Bewegung geschieht, ein Gespräch anhebt über die Zeiten hinweg, wo Luther, Friedrich der Große oder Heinrich von Kleist so zu mir sprechen, daß Kräfte auf mich hinüberstrahlen. Das ist eine virtuelle Kraftübertragung, das ist wirklicher Einbezug von Vergangenen in die Gegenwart, das ist das Zusammenkommen von Tradition und geschehender Geschichte. Denn jede Gegenwart ist nach einem tiefen Wort von *Leibniz* geladen mit Vergangenen und schwanger mit Zukunft. Geschichte muß gelebt werden, weil nur lebendige Begegnung mit Vergangenen die vom Grafen Yorck gemeinte virtuelle Kraftübertragung bedeuten kann. Geschichte nur *sehen* zu wollen, das genügt nicht.

Nur in der Aufnahme in unsere persönliche Lebendigkeit bestimmt sich alles, was zum echten Lebensmotiv wird, immer neu. In dieser persönlichen Auswahl und Zuwahl „monumentaler“ Möglichkeiten menschlicher Existenz als Mächte, die ins eigene Dasein schlagen, liegt das reale Lebensverhältnis, das den geschichtlich gebundenen Menschen jeweils bestimmt. Darum hat nur das, was in der Tiefe ansetzt und was aus der Tradition heraus den lebendigen Geist hinweist auf sein Innerstes und Eigenstes, auch die Macht, ihn zu befreien und ihn zu bewegen. Die großen Wiedergeburten der Geschichte sind immer nur so vor sich gegangen.

Gegenwart

Ich darf noch einmal rekapitulieren: Wir waren vom Unterschied zwischen totalem und autoritärem Staat ausgegangen, wir haben den alten preußischen Staat, der im Grunde schon 1871 zu Ende gegangen war, als das Modell einer an Recht und Gesetz gebundenen Staatsautorität betrachtet, die die bürgerlichen Freiheiten zu schützen vermag. Wir sind dann zur heutigen Lage übergegangen, die durch ihren Mangel an Autoritätsglauben gekennzeichnet ist und haben den Unterschied zwischen Führern und echten Vorbildern besprochen und dann festgestellt, daß Leitbilder immer nur aus dem Kulturerbe tradiert werden können. Schließlich war noch von dem schwierigen Vorgang des Tradierens die Rede, der mich selbst als lebendige Person im Geschehen von Anruf und Antwort in den Traditionengang hineinzwingt. Wie aber steht es nun mit all dem in der staatlichen Sphäre? Auch unser neuer Staat, die Bundesrepublik, steht in einer lebendigen Tradition, der der abendländischen Demokratien. Wir haben in Westdeutschland eine Verfassung, die uns ein freies, sittlich-gewissenhaftes Handeln und andere grundlegende Menschenrechte garantiert. Aber das komplizierte Gebilde des demokratischen Rechtsstaats hat unverkennbar den Mangel, daß es die einheitliche politische Führung stark erschwert. Schließlich haben wir aus den Weimarer Erfahrungen gelernt, daß man dem Gegner der Demokratie nicht alle demokratischen Freiheiten zum Kampf gegen die Freiheit einräumen darf. Gleichwohl bleibt die Frage: Ist der Rechtsstaat so gesichert, daß die moralischen Kräfte sich frei entfalten können? Ist unser

neuer Staat und seine Verfassung wirklich abgeschirmt und immun gegen alle künftig möglichen Gefahren und Unterwühlungen? Wie steht es um die Staatssicherheit? Genügt da das Amt für Verfassungsschutz? Wie steht es um die Staatsautorität? Ist die Kanzlerdemokratie, die die verfassungsrechtliche Pointe des Bonner Grundgesetzes darstellt, die bestmögliche Form, um die Staatsautorität zu garantieren?

Dazu würde ich folgendes festzustellen geneigt sein: Das Funktionieren einer Kanzlerdemokratie, die die faktische Macht in die Hände des Kanzlers und nicht wie üblich in die des Staatsoberhauptes legt, ist gebunden an einen Glücksfall, wie ihn in den vergangenen Jahren Dr. Konrad Adenauer dargestellt hat. Seine starke Persönlichkeit hatte die Minister in den Rang von Staatssekretären der Bismarckschen Verfassung herabgedrückt, nur daß ihre Ressortarbeit nicht immer zulänglich von ihm koordiniert worden ist. Auch der Gegner muß nämlich konstatieren, daß es Dr. Adenauer in einem erstaunlich hohen Maß gelungen ist, sich und der Bundesregierung Autorität zu verschaffen. Das war 1949 bei Beginn seiner ersten Regierungsperiode keineswegs vorauszusehen. Aber was geschieht, wenn an dieser Stelle einmal ein anderer Mann steht, dessen Charakterbild schwankt, weil er von der Parteien Haß und Gunst allzu verzerrt wird? Würde es nicht der Staatssicherheit weit dienlicher sein, wenn allmählich die Verfassung dahin revidiert wird – wir haben unter dem Schlagwort „Verfassungsverdeutlichungen“ bereits faktisch mit Verfassungsrevisionen zu operieren begonnen –, daß ähnlich wie in der Weimarer Republik dem Staatspräsidenten wieder ein größeres Maß an Kompetenzen eingeräumt wird, daß er mehr wird als eine dekorative Gallionsfigur. Ich würde auch dazu neigen, eine größere Stabilität und Kontinuität der Staatsspitze zu verordnen und sie wenn möglich ganz aus dem Streit der Parteien und Interessengruppen herauszunehmen, damit sie überparteilich und unabhängig von Parteien und Interessengruppen ihres Amtes walten kann. Und dieses Amt ist heutzutage gerade in sozialen Gegensatzfragen weitgehend ein schiedsrichterliches Amt. Ich würde auch nicht davor zurückschrecken, den Gedanken einer parlamentarischen Monarchie ins Auge zu fassen, die in England, in Skandinavien und in Holland ganz vorzüglich funktioniert. Es könnte sogar sein, daß erst *dann* dem deutschen Volk Demokratie zu einer Her-

zenssache wird, wenn es wie in England zu einem gekrönten Haupte aufschauen kann, und daß erst dann das Problem der größeren Staatsautorität, die uns heute solche Sorgen macht, auf eine legitime und zufriedenstellende Weise lösbar ist.

Ich stelle diesen Gedanken nur zur Erwägung anheim, weil er ja nur dann infrage kommt, wenn er nicht das Volk in zwei Lager spaltet, sondern gerade rechts und links um eine Krone sammelt, die wesensmäßig *über* rechts *und* links steht und beide umspannt. Mit anderen Worten: Die Erneuerung der Monarchie in Deutschland hat nur dann Aussicht auf Gelingen, wenn sie auch von links her gewollt wird, geradezu als eine fortschrittliche Maßnahme über das Unbefriedigende des heutigen Zustands hinaus. Sie würde wegen ihres hohen Symbolwertes möglicherweise sogar auch die Wiedervereinigung der beiden getrennten Landeshälften erheblich leichter machen. Das neue Leitbild würde das soziale Königtum, der Kaiser im Volksstaat sein, wie es *Friedrich Naumann* vorschwebte, etwas was wir in Deutschland noch nie gehabt haben. Meine Befürchtung ist nämlich: Die Demokratie in Deutschland ist solange gegen absolutistische und totalitäre Entwicklungen nicht geschützt, solange gegen die Gefahren eines neuen Führertums – sei es rot, braun oder schwarz gefärbt – nicht wirklich immunisiert, als es nicht gelungen ist, eine legitime oberste Staatsspitze sicherzustellen, dem heutigen gesellschaftlichen Zustand angepaßt. Diese von mir angedeutete wünschbare Entwicklung trifft nur auf *eine* wirkliche Gefahr: Das sind die Monarchisten alten Stils selber, die in eine vergangene Welt zurückwollen und das alles mit Reaktion verwechseln und mit sentimentalem Klimbim behängen. Solche Entwicklungen sind heutzutage nur möglich und vorzustellen, wenn sie auch die Massen wollen und wenn die deutsche Arbeiterschaft bereit ist, dem Vorbild der englischen und skandinavischen Genossen zu folgen, die mit ihren Herrscherhäusern gut gefahren sind. Einen Gegensatz zwischen Krone und Arbeiterschaft hat es nach preußischer Tradition nie gegeben; es gab und es gibt nur haltlose Sentiments und überholte Vorurteile. Selbst ein so repräsentativer deutscher Sozialdemokrat wie *August Bebel* hat schon 1904 auf dem Kongreß der Arbeiterinternationale in Amsterdam einer Rede des französischen Genossen Jean Jaurès entgegeng gehalten: „So schlecht, wie ihr die Monarchie macht, ist sie nicht,

und so gut, wie ihr die Republik darstellt, ist sie auch nicht“. Noch am Vorabend des 9. November 1918 hat die Reichstagsfraktion der Mehrheitssozialisten einstimmig die Beibehaltung der monarchischen Staatsform bei Einrichtung einer Regentschaft zum Beschluß erhoben. Heute weiß das kaum jemand mehr. Aber es gab und es gibt in der SPD noch immer genügend konservative Männer und Frauen. Der Kräftigung der staatlichen Autorität und damit der Sicherung der bürgerlichen Freiheiten würde jedenfalls eine solche Entwicklung hin zur demokratischen Monarchie von hohem Nutzen sein.

Das Verständnis für solche Lösungen dürfte am stärksten immer noch im ehemals staatlichen Raum Preußens ausgeprägt sein. Daher wollen wir uns nun zum Schluß im Sinne unseres Themas „Preußentum – gestern und morgen“ die Frage stellen, deren Beantwortung wohl am schwierigsten ist. Wie steht es um das preußische Bewußtsein heute? Gibt es denn auch jetzt 1963 tatsächlich so etwas wie eine eigene preußische Sendung? Ich antworte darauf etwas zögernd. Das Zögern rührt daher, daß ich weiß, derlei ist niemals exakt zu beweisen, die Antwort selbst fällt bejahend aus. Ich möchte es so formulieren: Vom Preußentum geprägte Menschen zeigen gegen die Verlockungen des Zivilisationskomforts eine größere Widerstandsfähigkeit. Sie werden einfach davon nicht fasziniert, denn Preußentum und Wirtschaftswunder – das paßt schlecht zusammen. Der preußische oder noch allgemeiner der ostdeutsche Mensch trägt immer die Weite der Landschaft mit sich, aus der er herkommt, seine Antriebe und Instinkte wurden dort geformt. Und darum ist auch seine Normenskala, sein Gefühl für Wert und Unwert, für erheblich und unerheblich anders. Denn in einer Welt, in der Einfachheit und Kargheit nicht als Mängel, sondern als Werte empfunden worden sind, hat man für hemmungslose Bedarfsweckung und Bedarfsausweitung wenig Sinn. Die gerade dadurch bewirkte Aushöhlung der seelischen Substanz und die sich so ergebende Sinnentleerung des Lebens überhaupt könnte an den Preußen auf eine Sperrbarriere treffen, hinter der der innere Widerstand beginnt.

Nun liegt es sicher so, daß das Wohlstandsdenken adäquater Ausdruck des Zeitgeistes ist, und gegen den Strom zu schwimmen erfordert immer hohe moralische Kraft. *Aber anders wird aus einer Wirtschaftsgesellschaft – das ist de facto die heutige Be-*

völkerung der Bundesrepublik – nie wieder eine Nation werden.

Im wesentlichen werden es wohl ältere Menschen sein, die noch von anderen Traditionen geprägt wurden und die daher auch die innere Gelassenheit besitzen, von den Idolen des Zeitgeistes Abstand nehmen zu können. Aber es gibt auch junge Menschen, sogar jenseits des Eisernen Vorhangs, in denen ein preußisches Herz schlägt, selbst wenn sie von Preußen noch nie etwas gehört haben. Die Bundesrepublik Westdeutschland braucht diese Menschen, die so ganz anderen Normen folgen, sie braucht ihren seelischen Widerstand, um selbst zu überleben. Die preußischen Menschen und das preußische Ethos tun ihr not, auch heute schon während des Interims, da es einen preußischen Staat sichtbar nicht gibt. Aber vom Preußentum geprägte Menschen gibt es, und vielleicht wird man zwangsläufig in den kommenden Jahren stärker auf sie hören als im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Bundesrepublik, die 1949 als „Vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ ins Leben trat, die also als eine provisorische Ordnung geschaffen und als Notstandslösung vom deutschen Volk akzeptiert worden ist.

Die „Überwindung der Massengesellschaft“ wird in unserem Geschichtsraum vielleicht überhaupt nur noch vom Geist, den Ideen und Institutionen des Preußentums her möglich sein. Denn Preußen war der einzige deutsche Staat, der mehr als ein Staat war, mit dem sich eine Idee verknüpft hat, durch die Menschen gebunden wurden und noch heute gebunden werden können. Überwindung der Massengesellschaft kann doch konkret nur heißen, daß Menschen wieder auf ein Überindividuelles bezogen werden, durch das ihr Leben wieder Sinn erhält, daß die Menschen über sich hinausgehoben werden und die Herzen für eine Idee wieder höher schlagen können. Die preußische Idee hat nichts Rauschhaftes in sich, denn über dem Preußentum lacht nicht die Sonne des Südens, sondern es ist stets in die rauhe Luft der Pflichterfüllung eingetaucht gewesen. Über den preußischen Menschen steht der dauernde Zwang zur Leistung als harte sittliche Bewährungsprobe. Staatsdienst in Preußen war immer auch ein Stück Selbstverleugnung, aber das gehörte zur „Idee“ und wurde als sittliche Leistung angesehen. Derlei ist heute vollkommen unzeitgemäß – aber gefordert. Gerade die Unzeitgemäßheit ist paradoxerweise die größte Chance für Preußens Wiederkehr. Erst in der Zukunft wird man das klar erkennen können.

An den Abschluß dieser Ausführungen seien Worte des verstorbenen Bundestagspräsidenten *Hermann Ehlers* gestellt, der auf einer Reichsgründungsrede, vor zehn Jahren, 1953 in Berlin rechtmäßig an die deutsche Mission Preußens als Nachbar des Ostens erinnerte und dann als Akt demokratischer Wiedergutmachung die politische Gleichstellung der Preußen mit den anderen Deutschen forderte. Seine Worte gelten heute noch genauso:

„Wie die Geschichte auch laufen mag, wir werden auch das preußische Selbstbestimmungsrecht so ernst zu nehmen haben, daß den Menschen des Landes, das einst Preußen war, insbesondere den Menschen aus dem deutschen Osten, die Entscheidung darüber ausschließlich vorbehalten bleiben muß, in welcher staatlichen Form sie leben wollen. Niemand kann ihnen diese Entscheidung abnehmen, keiner darf sie ihnen aus welchen Gründen immer präjudizieren. Die einzigen legitimen Richter über das preußische Land um Magdeburg und in der Mark, in Pommern, Schlesien, Ost- und Westpreußen sind die Menschen, die ein Recht auf ihre Heimat haben.“

Anmerkungen

¹ Vgl. die quellenmäßig belegten Ausführungen von *G. Oestreich*: Calvinismus, Neustoizismus und Preußentum, Jahrbuch für die Geschichte Ost- und Mitteldeutschlands V (Tübingen 1956).

² Vgl. *H. Conrad*: Rechtsstaatliche Bestrebungen im Absolutismus Preußens und Österreichs am Ende des 18. Jahrhunderts (Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 95, Köln 1961, 14: „Der Fürst verkörperte nicht mehr den Staat. Er war zu einer Staatsinstitution geworden“.

³ Vgl. *K. von Raumer*: Deutschland um 1800, Krise und Neugestaltung 1789–1815, Handb. d. deutschen Geschichte, ed. L. Just III,1, Konstanz 1961, 180.

⁴ Die Philosophie des Rechts Bd. II,2, Berlin 1854, 113, 127.

⁵ *Ernst Ludwig von Gerlach*: Fünf Reden über die Kirchengesetze, Berlin 1873, 15.

⁶ Vgl. *R. Koselleck*: Staat und Gesellschaft in Preußen in „Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815–1848“ (Stuttgart 1961), 122: „In Ermanglung einer parlamentarischen Verfassung war die Verwaltung genötigt, immer mehr zu sein als nur eine Verwaltung, nämlich der die Gesellschaft repräsentierende, politisch Richtung weisende Staatsträger. Die preußische Beamenschaft ist sich dieser ihrer Rolle bewußt gewesen“.

⁷ Grundlinien der Philosophie des Rechts § 291.

⁸ Zum Müller-Arnold-Prozeß, der de facto einen königlichen Übergriff und mithin ein Verleugnen seiner eigenen Prinzipien darstellte, vgl. *C. Bornhak*: Preußische Staats- und Rechtsgeschichte Berlin 1903, 253 ff.; *Eberh. Schmidt*: Die Rechtsentwicklung in Preußen, Berlin 1929², 27; *H. Conrad*: Die geistigen Grundlagen des Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten von 1794 (AG. für Forschung Heft 77), Köln 1958, 9 ff. Für Friedrichs rechtsreformerische Intentionen ist die Allerhöchste Cabinet-Ordre die Verbesserung des Justizwesens betreffend vom 14. April 1780 (abgedr. bei Conrad 13 ff.) maßgeblich, ferner das Patent vom 17. Mai 1781, mit dem der König die zu den Hoheitsrechten des absoluten Herrschers gehörige Gesetzgebungsgewalt freiwillig eingeschränkt und die rechtsstaatliche Selbstzüglung des Gesetzgebers durchgeführt hat.

⁹ Vorangegangen war das Publikationspatent vom 20. März 1791, aus dem aber einige zu aufklärerische Stellen gestrichen worden waren. Vgl. *Conrad* a.a.O. 1958, 16, der mit Recht darauf hinweist, daß die preußischen Rechtsreformer das Ziel verfolgten, ausübende Gewalt und Jurisdiktion des preußischen Staates an die geschriebenen Gesetze zu binden: „Dies bedeutete nichts Geringeres als die Aufrichtung eines Rechtsstaates im modernen Sinne“ (41).

¹⁰ Dazu vgl. *C. Bornhak* a.a.O. 320 ff.; *F. Giese*: Preußische Rechtsgeschichte, Berlin 1920, 81 f.; *E. Schmidt* a.a.O. 31.

¹¹ Abgedruckt Allgemeine Konservative Monatsschrift 1894, 12; vgl. auch *H. J. Schoeps*: Das Andere Preußen, Honnef 1957², 69 ff.

¹² Diese Einleitung enthält eine Art von Grundrechtskatalog, in dem durch Aufteilung der staatlichen Gewaltausübung eine gesetzmäßige Regierung und Rechtsprechung gesichert werden sollte. Umstritten ist, ob hier ein Einfluß der französischen Revolution vorliegt oder ob sich der Gedanke der Menschenrechte nicht schon seit 20 Jahren ausgebreitet habe, worauf *U. Scheuner* in der Diskussion des Conradschen Vortrages über das Landrecht hingewiesen hat (ebd. 51). Doch wäre auch dann eine Berührung mit französischer Literatur anzunehmen.

¹³ Die preußische Verfassung wurde bekanntlich erst am 5. Dezember 1848 erlassen – revidiert am 31. Januar 1850 –, obwohl das königliche Versprechen einer Konstitution vom 22. Mai 1815 stammte. Ob diese Verzögerung die Modernisierung des Staates und überhaupt die politische Entwicklung belastet und verzögert hat, ist ein Problemkreis, der sorgfältiger Überprüfung bedarf, nachdem die liberale Agitation hieraus allzu viel Münze geschlagen hat. Jedoch vgl. *E. R. Huber*: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789 Bd. 1 (Stuttgart 1957), 290 ff.

¹⁴ *Freiherr v. Stein*: Briefe und Amtliche Schriften, ed. Botzenhart-Hubatsch II,2, Stuttgart 1960, 592, (Nr. 479); Originaltext französisch.

¹⁵ 1820 betrug im gesamtpreußischen Durchschnitt der Anteil der bürgerlichen Beamten in den Regierungen und Oberpräsidien 75 %, der Landräte 28 %; in Ostpreußen dank dem Wirken des Freiherrn von Schön 89 % resp. 34 %.

¹⁶ Unter Friedrich Wilhelm IV. – Denkwürdigkeiten des Ministerpraesidenten Otto v. Manteuffel III (Berlin 1901) 103.

¹⁷ Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert II, Freiburg 1949², 199.

¹⁸ *Oswald Hauser*: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke, Neumünster 1960, 17.

¹⁹ Vgl. *F. Hartung*: a.a.O. II,38; auch *B. Drews*: Grundzüge einer Verwaltungsreform, Berlin 1919.

²⁰ Denkwürdigkeiten etc. III, 335 f.

²¹ Der wörtliche Text bei *W. Hubatsch*: Der preußische Staat, Jahrbuch der Albertus Universität Königsberg XII (Würzburg 1962), 147.

²² Ich habe diesen Ausspruch, den ich vor vielen Jahren gelesen habe, bisher nicht wiederfinden können.

²³ Autorität, Vertrauen, Freiheit / Über den Unterschied ziviler und militärischer Autorität, gehalten am 9. April 1958.

²⁴ Brief an Friedrich v. Preen vom 25. September 1890.

²⁵ Schriften aus dem Nachlaß I (Zur Ethik und Erkenntnislehre), Bonn 1957², 261 ff.

²⁶ Brief v. 15. Dezember 1892 an Dilthey im Briefwechsel Wilhelm Dilthey – Graf Paul Yorck von Wartenburg 1877–1897, Halle 1928, 155.